

Betrachtungen zu einer großen Streikbewegung in Frankreich

I

Eine Streikbewegung, die 34 Tage dauert, die von Beginn bis zum Ende geschlossen geführt wird und die schließlich mit einem klaren Erfolg endet, ist ein Ereignis, das eine Analyse verdient: um so mehr, als diese große Bewegung ein grelles Licht auf die politische und soziale Lage im gegenwärtigen Frankreich geworfen hat.

Zunächst, sehr resümiert, die Tatsachen. Im Januar erhoben die drei Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 11 vH. Sie begründeten diese Forderung damit, daß seit drei Jahren die Löhne im Bergbau um eben 11 vH hinter dem Lohnniveau in der Privatindustrie zurückgeblieben sind. Die Regierung, der „Unternehmer“ des verstaatlichten Bergbaus, stellte die von den Gewerkschaften angegebenen Ziffern nicht in Abrede; sie erklärte nur, daß die (ansonsten von der offiziellen Propaganda immer als „glänzend“ ausgegebene) Finanzlage eine solche Erhöhung nicht zulasse.

Von Mitte Januar bis Ende Februar entfesseln die drei Gewerkschaftsorganisationen, die in diesem Zeitpunkt getrennt voneinander handeln, eine Reihe von „Warnstreiks“, die jedoch zu keinem Ergebnis führen, obwohl mehrere Male Verhandlungen zwischen der Direktion des Bergbaus und den Gewerkschaften stattfinden.

Für den 1. März geben die Gewerkschaftsorganisationen, die jetzt geschlossen handeln, die Losung des Generalstreiks aus: der kommunistisch orientierte Verband mit großen Vorbehalten, da er befürchtet, die Losung könnte nicht vollständig befolgt werden, der christliche und der freigewerkschaftliche Verband ohne jede Einschränkung.

Der Streik wird vom 1. März bis zum 4. April geführt. Am Vorabend des Streiks unterzeichnet General *de Gaulle* auf seinem Landsitz in Colombey-les-deux-Eglises einen Befehl zur „Dienstverpflichtung“: das entsprechende Dekret stützt sich auf ein Gesetz aus dem Jahr 1938, das damals wegen der drohenden Kriegsgefahr erlassen wurde. De Gaulle scheint um so mehr von der Wirksamkeit dieses Erlasses überzeugt zu sein, als einige Monate vorher ein ähnlicher Dienstverpflichtungsbefehl vom Personal der Pariser U-Bahn und von den Eisenbahnern befolgt worden war.

Der Kampf hatte begonnen, und unter Bedingungen, die für die Regierung und für das Regime de Gaulles die schlechtesten waren: denn in dem Maße, in dem die Gewerkschaftsorganisationen und die 200 000 Bergleute, die an dem Kampf teilnahmen, den Befehl zur Dienstverpflichtung einfach nicht zur Kenntnis nahmen, ergab sich eine Situation, die „unheimlich“ wurde, wie sich ein gaullistisches Blatt ausdrückte: wie, in der Tat, kann ein Staat, der vollkommen auf der Autorität eines Mannes gegründet ist, reagieren, wenn ein Befehl einfach als nicht-existent betrachtet wird, wenn die „Gefolgschaft“ nicht so reagiert, wie von höchster Stelle erwartet wird?

In diesem Sinn hat der große Bergarbeiterstreik eine Lehre gebracht, die in Zukunft von allen, von den Behörden und von den Gewerkschaften, nicht vergessen werden wird: es hat sich nämlich erwiesen — was man bereits ahnte oder wußte, was aber in dieser so eindeutigen Weise nicht klar war —, daß das gaullistische Regime über keine oder nur über geringe „Transmissionsriemen“ zu der Bevölkerung in *dem* Augenblick verfügt, in dem der Chef des Staates durch eine Geste oder Handlung selbst in die Isolierung gerät. Nichts war in dieser Hinsicht bezeichnender als die Tatsache, daß die Bergleute in Lothringen und in Nordfrankreich, die noch einige Monate vorher de Gaulle ein entschiedenes „Ja“ bei einer Volksabstimmung gegeben und bei den Parlaments-

wahlen gaullistische Abgeordnete gewählt hatten, die verzweifelten Versuche „ihrer“ Abgeordneten, sie zur „Vernunft“ und zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, mit Verachtung und Zorn aufnahmen. Der gesamte gaullistische „Apparat“ hing mit einem Schlag in der Luft, mehr noch: angesichts der entschlossenen Kampf Stimmung der Bergleute sahen sich gaullistische Bürgermeister und Gemeinderäte gezwungen, für die Bergleute Stellung zu nehmen, sich nach Paris zu begeben, um die Regierung zum Nachgeben aufzufordern und um in der Hauptstadt eine „Rehabilitierung“ durchzusetzen, die sich für die weitere politische Existenz der gaullistischen Partei als notwendig erwies.

Eine weitere und damit in Zusammenhang stehende Lehre ist daraus zu ziehen: die gaullistische Partei, die „Union für die Neue Republik“, ist weit davon entfernt, eine strukturierte Partei zu sein: zwar hat sie, auf die Persönlichkeit de Gaulles und dessen Popularität gegründet, bei den Wahlen eine gewisse Zahl von Arbeiterstimmen erhalten; aber ihre „Basis“ ist bürgerlicher und kleinbürgerlicher Natur, und die Partei ist faktisch entwaffnet, wenn es um Arbeitskämpfe geht oder wenn der „Mythos“ de Gaulles unwirksam wird, wie es bei dem Streik der Bergleute der Fall war.

Man kann, wenn man will — und zahlreiche Beobachter in Frankreich haben das getan —, aus der „Episode“ des Bergarbeiterstreiks noch viel weitergehende Schlußfolgerungen ziehen, die die Struktur des gesamten gaullistischen Regimes betreffen. Unzweifelhaft erweist sich das gegenwärtige Regime de Gaulles als außerstande, eine politische Basis zu schaffen, die in der Lage wäre, den „guide“ („Führer“) zu überleben und dem von ihm geschaffenen Regime eine dauerhafte institutionelle Basis zu geben. In dieser Hinsicht war die politische Lehre dieses langen Streiks in höchstem Maße interessant, und die Tatsache, daß weder de Gaulle — er schwieg vom 1. März bis Mitte April — noch seine Minister während dieser Zeit auch nur daran dachten, die Bergleute an die Existenz der „Dienstverpflichtung“ zu erinnern, kann als Beweis dafür betrachtet werden, daß sich die Männer des Regimes dieser institutionellen Schwäche durchaus bewußt sind.

II

Aber die politische Schwäche, die so unzweifelhaft zu verzeichnen war, hat ihr Gegenstück in der politischen Schwäche jener, die an der Spitze des Streiks standen — den Gewerkschaftsorganisationen — und jenen, die die Bewegung mit Sympathie verfolgten: den Linksparteien in erster Linie. Von Mitte März an zumindest wurden hier und dort vereinzelt Stimmen laut, die eine Erweiterung der Streikbewegung forderten, um die Behörden, die nicht zum Nachgeben bereit schienen, unter starken Druck zu setzen. Diese Forderung stützte sich auch auf die Tatsache, daß die Eisenbahner die gleichen Forderungen erhoben wie die Bergleute — 11 vH Lohnerhöhung und mit der gleichen Begründung —, daß das Personal der Gas- und Elektrizitätswerke, daß die Arbeiter und Angestellten aller öffentlichen Dienste sowie die Beamten während des Monats März kurze Streiks durchführten und daß man durchaus den Eindruck haben konnte, diese Forderungen werden sich zu einer geschlossenen Gesamtbewegung verdichten.

Es besteht kein Zweifel daran, daß dieses Problem in Gewerkschaftskreisen erörtert worden ist. Wenn es zu dieser Gesamtbewegung nicht kam, so aus politischen Gründen: das einzige und absolut gültige Argument, das den Befürwortern einer solchen Bewegung entgegengestellt wurde, war „der Mangel an einer politischen Alternative“, wie es ein bekannter Gewerkschaftsfunktionär ausdrückte. Man konnte in der Tat keinen Zweifel daran hegen, daß eine gegen den Willen des Staates in einem halb-autoritären System entfesselte Streikbewegung, an der Millionen teilnehmen würden, zu einer *Kraftprobe* führen müßte, die notwendigerweise *politischen* Charakter angenommen hätte. Und in dieser Situation erwies es sich, daß weder die Gewerkschaften — die kein aktiver politischer Faktor sein und werden wollen — noch insbesondere die Parteien im gegen-

wärtigen Frankreich in der Lage erscheinen, eine politische Alternative zu bieten, das heißt, den gültigen Anspruch anzumelden, die „Regierung von morgen“ zu sein.

Es kann in diesem Rahmen nicht ausführlicher auf dieses spezifische Problem eingegangen werden; es genüge hier der Hinweis, daß die politische Entmachtung der Parteien, die als Gegenspieler de Gaulles gelten können, noch — oder wieder — so kraß ist, daß das Einmann-Regime de Gaulles sogar ohne die erwähnten „Transmissionsriemen“ zur Bevölkerung für längere Zeit — und jedenfalls solange de Gaulle der einzige reelle politische Faktor bleibt — auf seine Permanenz rechnen kann. Es braucht also nicht besonders unterstrichen zu werden, daß die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre diesen Aspekt des Problems immer im Auge behielten und daß sie diesem Faktor bei dem Kompromiß Rechnung trugen, durch den der Streikbewegung schließlich ein Ende gesetzt wurde.

Aber auch de Gaulle hat nicht nur diesem Faktor, sondern auch seiner eigenen Schwäche Rechnung tragen müssen. Die Tatsache, daß die Bergleute (und in ihrem Gefolge alle Arbeiter und Angestellten der Öffentlichen Dienste) eine sofortige Lohnerhöhung von 6 vH, eine weitere Lohnerhöhung „auf Raten“ für den Zeitpunkt eines Jahres, sowie das Versprechen auf eine Erhöhung des bezahlten Jahresurlaubs von drei auf vier Wochen und einer Arbeitszeitverkürzung durchsetzen konnten, ist eine Bestätigung dieser These sowie ein Ausdruck dieses gegenwärtig in Frankreich herrschenden Kräfteverhältnisses.

III

Doch erschöpft dieser politische Aspekt des Problems, so bedeutend er auch ist, in keiner Weise den gesamten Fragenkomplex, der sich im Verlauf der großen Streikbewegung im Monat März ergeben hat. Wie ist es zu erklären, daß in einer Gesellschaftsordnung, die der bekannte amerikanische Nationalökonom *Galbraith* als die „affluent society“, als die „Gesellschaft im Überfluß“ bezeichnet hat, in einem Frankreich, das allgemein als „wohlhabend“ bezeichnet wird, 200 000 Bergarbeiter nicht nur ihre Gewerkschaften fast zum Kampf zwingen — wie es wirklich der Fall war —, daß die Frauen der Bergleute sich als die entschlossensten zeigen (was gegen jede „Tradition“ spricht), daß sich fast die gesamte Bevölkerung Frankreichs mit den Bergleuten solidarisch erweist, und zwar durch Sammlung von Millionenbeträgen, daß in allen Schichten des Volkes die Bereitschaft entsteht, den Bergleuten in dieser oder jener Form zu Hilfe zu kommen?

Zwei Faktoren, so scheint uns, die im engen Zusammenhang miteinander stehen, erklären dieses Phänomen. Zum ersten hat es sich — in dieser Zeit des Streiks allen deutlich, da Ziffern veröffentlicht wurden — erwiesen, daß der „Überfluß“, von dem gesprochen wird, zumindest zum Teil eine Legende ist: die „affluent society“ bietet in der Tat dem französischen Bergarbeiter einen durchschnittlichen Monatslohn von etwa 600 D-Mark, zu denen allerdings, wie von Regierungsseite mit größtem Ernst betont wurde, die Gratiskohle und die mietfreie Wohnung hinzukommen; und all das für eine wöchentliche Arbeitszeit von 45 bis 48 Stunden. Die Bevölkerung hatte instinktiv begriffen, daß derart bescheidene Beträge in einer Gesellschaftsordnung, die den Konsum — den echten und den künstlich erzeugten — in den Vordergrund zu stellen pflegt, als irgendwie provokatorisch betrachtet werden müssen.

Die Streikbewegung des Monats März war also in einem gewissen Sinn eine Revolte von Arbeitern, deren Lebensbedingungen durchaus nicht als „elend“ bezeichnet werden können, die aber angesichts der objektiven Möglichkeiten, die die Gesellschaftsordnung anderen Bevölkerungsschichten — dem Bürgertum natürlich, aber auch der großen Masse der Kader, des technischen Personals — zu bieten hat, sozusagen mit einem Schlag zu dem Bewußtsein gelangt sind, zu kurz gekommen zu sein.

ZU EINER GROSSEN STREIKBEWEGUNG IN FRANKREICH

Alle Beobachtungen, die während der Streikbewegung gemacht wurden, bestätigen dieses Phänomen. Eigentliche Armut, eigentliches Elend ist in Frankreich „nur“ bei den immerhin nach Millionen zählenden Pensionierten, Invalidenrentnern und bei zahlreichen Hilfsarbeitern anzutreffen; aber es handelt sich da um Bevölkerungsschichten, die in einem gewissen Sinn wehrlos sind, die nicht nur zu kurz gekommen, sondern scheinbar vom sozialen Schicksal geschlagen sind. Jene Arbeiter aber — wie eben die Bergleute —, die das bestimmte Gefühl haben, in der „affluent society“ am kürzeren Ende des Stricks zu ziehen, 'setzen sich zur Wehr.

Man hat in Frankreich das gleiche Phänomen in einer anderen Form beobachten können. Als die 50 000 Mann starke Belegschaft der *Renault-Automobilwerke* zu Beginn des Jahres die Erhöhung des bezahlten Jahresurlaubs von drei auf vier Wochen durchsetzte, entstand von einem Tag zum anderen eine machtvolle Bewegung, die unaufhaltbar schien: im Laufe von wenigen Wochen waren angesichts des ungeheuren Drucks, der überall auf die Gewerkschaften und von diesen auf die Unternehmer ausgeübt wurde, die bedeutendsten Industriezweige gezwungen, ihrerseits den gesetzlich auf drei Wochen festgelegten Jahresurlaub (seit dem Jahr 1956) auf vier Wochen zu erhöhen, und heute ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann der Metallindustrie, der chemischen und der Textilindustrie andere Industriebranchen folgen und so vielleicht auch den Gesetzgeber zwingen werden, die geschaffenen Tatsachen zu „legalisieren“.

Man zweifle nicht daran: auch hier handelt es sich, wenn man will, um die Forderung nach „mehr“, aber sicherlich in erster Linie um eine Art von Explosion, um eine Bewegung, die im tiefsten Sinn dem Bewußtsein von Millionen entspricht, in der so oft in die Debatte gebrachten „Gesellschaft des Wohlstands“ einen höheren Anteil erhalten zu sollen. In diesem Sinne war es nicht allzu absurd, wenn ein gaullistischer Minister während des Streiks das Wort von der „Ausstandsbewegung des Wohlstands“ prägte, auch wenn dieser Minister es sich versagte, diesen Begriff zu relativieren ...

IV

Jüne Analyse der großen Streikbewegung in Frankreich wäre unvollständig, wenn sie nicht ihren rein gewerkschaftlichen Aspekt berücksichtigte. Wenn de Gaulle schwieg (und erst Mitte April die Sprache wiederfand, ohne allerdings auf den für ihn peinlichsten Aspekt, den der nicht-befolgten „Dienstverpflichtung“, zurückzukommen), so hat doch ein (nachher wegen seiner Unvorsichtigkeit getadelter) Minister öffentlich preisgegeben, was ein „Geheimnis“ bleiben sollte. Monsieur *Misoffe*, der Minister, der für das Problem der vertriebenen Algerien-Franzosen verantwortlich ist, scheute sich nämlich nicht, zu erklären: „Es geht jetzt darum, nach den Parteien auch die Gewerkschaften als Vermittler auszuschalten.“ Der Sinn dieser Worte ist klar, und er reflektiert voll und ganz die „Doktrin“ des Gaullismus auf diesem Gebiet: in einem Staatswesen nämlich, in dem das Parlament und die Parteien entmachtet sind (eben die „Vermittler“ in einem *demokratischen* Staatswesen!), ist im Grunde auch kein Platz für „Vermittler“ auf sozialer Ebene. Was Misoffe im „ungünstigen“ Augenblick des Streiks so klar formuliert hat, entspricht den Ideen und Absichten des gaullistischen Regimes.

Es scheint, daß der für die Bergarbeiter günstige Ausgang des Streiks in dieser Beziehung als Bremse gewirkt hat. Die Ausschaltung der „Vermittler“ soll nämlich, den gaullistischen Absichten zufolge, nicht in Form eines Verbots der Gewerkschaftsorganisationen erfolgen (ebenso wie die Parteien nicht verboten worden sind), sondern in Form einer „Integration“ in eine bereits bestehende Institution, nämlich in den Wirtschafts- und Sozialrat.

Die gaullistische Partei und ihre Presse sowie die gaullistischen Minister setzen sich seit etwa einem Jahr für folgenden Plan ein: Der *Wirtschafts- und Sozialrat*, in dem

die Organisationen aller Berufsschichten, also auch die Gewerkschaften, vertreten sind und dessen Funktion darin besteht, Pläne der Regierung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu prüfen und seine Auffassung bekanntzugeben, soll aus einer rein konsultativen Organisation zu einer gesetzgebenden Körperschaft, zur zweiten Kammer, gemacht werden. In dieser Perspektive soll die gegenwärtige zweite Kammer, der Senat, aufgelöst und mit dem Wirtschafts- und Sozialrat zu einer einheitlichen Körperschaft verschmolzen werden.

Angesichts der Tatsache, daß der Senat, der in indirekter Wahl gewählt wird, gegenwärtig vom gaullistischen System als eine mißliebige Institution (wegen seiner Opposition gegen die Regierung) betrachtet wird, sollen somit zwei Ziele zu gleicher Zeit erreicht werden. Die Gewerkschaften sollen „integriert“, das heißt veranlaßt werden, aus einer Kraft, die „nur fordert“, zum Bestandteil einer neben der ersten Kammer auch legislativen Körperschaft zu werden. Mit einem Wort: durch die „Integration“ der Gewerkschaften in eine parlamentarische Institution, deren Vollmachten in einem halb-autoritären Regime ebenso beschränkt wären wie die der Nationalversammlung, soll erreicht werden, daß die Gewerkschaften als „Vermittler“ ausgeschaltet und Teil eines Apparates werden, der ebenso manipuliert werden kann wie gegenwärtig das Parlament; das würde die Gewerkschaften in eine noch mißlichere Lage versetzen als heute die Parteien, die passiv erdulden, aber zumindest keinen Anteil an der Verantwortung tragen.

Die Gewerkschaftsorganisationen haben sich eindeutig gegen diesen Plan ausgesprochen in der Überzeugung, daß sie im Rahmen eines solchen Systems eines großen Teils ihrer gegenwärtigen Funktion beraubt würden. Aber die gaullistische Regierung hat diesen Plan keineswegs aufgegeben, und in der Rede, die de Gaulle im Monat April hielt, hat er — in vorsichtiger Form — diesen Plan wieder skizziert und betont, daß alle „an der Verantwortung“ teilhaben müßten. Es geht dabei — und das entspricht der ständigen Doktrin de Gaulles, soweit sie mehr oder minder klar formuliert wurde — um die Schaffung einer gewissen Form des *Ständestaates*.

Die Gewerkschaftsorganisationen sind sich im Grunde erst nach Abschluß des Bergarbeiterstreiks darüber klargeworden, daß sie — vielleicht nur für begrenzte Zeit — einer großen Gefahr entgangen waren. De Gaulle hatte das Algerienproblem „liquidiert“; er erschien in Frankreich politisch vollkommen unangefochten zu sein und auf außenpolitischem Gebiet die Hände für sein „großes Ziel“ völlig frei zu haben. Es war deshalb kein Zufall, daß in den Monaten, die dem Bergarbeiterstreik vorausgingen, die Pläne für die „Integration“ der Gewerkschaftsorganisationen in immer intensiverer Weise besprochen und — wenn auch unvollständig — der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden.

V

Der erfolgreiche Streik der Bergarbeiter, die Tatsache, daß die Gewerkschaftsorganisationen während fünf Wochen dem Druck der Behörden und ihres Apparates standhielten und daß die Bevölkerung den Streik unterstützte, haben vorläufig dazu beigetragen, daß die „Integrationspläne“ mit geringerer Intensivität betrieben werden. Aber diese Pläne entsprechen allzusehr dem Wunsch de Gaulles, sich lästiger „Vermittler“ zu entledigen, als daß man nicht annehmen müßte, sie würden in einem günstigeren Augenblick wieder aufgegriffen werden.

Mit anderen Worten: die Existenz der Gewerkschaftsorganisationen in ihrer klassischen Form bleibt bedroht, und ihre „Integration“ bleibt eine sich abzeichnende Perspektive, solange das gegenwärtige Regime Frankreichs existiert. Es ist also von diesem Blickfeld aus gesehen eine nicht zu unterschätzende Tatsache, daß dem Befehl zur „Dienstverpflichtung“ Schach geboten wurde, und als ebenso wesentlich erscheint die Form, in der das geschah.

Diese Form war die der *Einheitsfront aller Gewerkschaftsorganisationen*, die von Beginn bis zum Ende des Streiks unerschütterlich blieb. Wenn man weiß, daß die Gewerkschaftsspaltung in Frankreich sehr scharfe Konturen angenommen, daß sie die Form einer sehr tiefgehenden Entfremdung zwischen den kommunistisch, christlich und freigewerkschaftlich orientierten Organisationen erhalten und daß sie eine permanente Schwächung der gesamten französischen Gewerkschaftsbewegung zur Folge gehabt hat, so wird man die einheitliche Weise, in der die Streikbewegung geführt wurde, als bedeutendes Ereignis in der französischen Politik betrachten müssen.

Gewiß: die Aussichten einer Verschmelzung der französischen Gewerkschaftsorganisationen erscheinen weiterhin als schwach, solange ein Teil der Bewegung — der größte — in seiner Politik nicht ausschließlich von sozialen und gewerkschaftlichen Motiven inspiriert wird, wie es eben bei der vorwiegend kommunistischen CGT der Fall ist; wenn ferner der christliche Gewerkschaftsverband, der seit Kriegsende eine grundlegende Umwandlung erfahren hat und eine sehr kämpferische Organisation geworden ist, dennoch auf dem „Pluralismus“ der Gewerkschaftsbewegung zu beharren scheint; wenn schließlich die freigewerkschaftliche Organisation „Force Ouvrière“, die dem IBFG angehört, einer Einheitsfront mit der CGT und den Christen mit größtem Mißtrauen gegenübersteht (wenn auch ihre Industriegewerkschaften und Verbände, der Notwendigkeit und nicht ihrem eigentlichen Willen gehorchend, gezwungen sind, diese Einheitsfront angesichts der starren Haltung der Regierung und der Unternehmer tagtäglich zu praktizieren).

Bleibt dennoch, daß die Gewerkschaftsorganisationen angesichts der Gefahren, denen sie alle ausgesetzt sind, die Einheitsfront als notwendig, zweckmäßig oder aber als „kleineres Übel“ anerkennen. Die seit langem gespaltene französische Gewerkschaftsbewegung — Spaltungen erfolgten in den Jahren 1921, 1939 und 1947 — bedarf einer Einheitsfront, wenn nicht einer organischen Einheit, um so mehr, als sie, im Gegensatz zur deutschen Gewerkschaftsbewegung, nicht als eine disziplinierte Massenbewegung, sondern vielmehr als eine Bewegung von Kadern erscheint, die ihre Stärke in der Aktion nicht aus der Zahl ihrer Mitglieder (diese ist schwach), sondern aus dem Einfluß bezieht, den die „militants“, die aktiven Gewerkschaftsmitglieder, in den Betrieben haben. So erlebt man es in Frankreich immer wieder — auch beim Bergarbeiterstreik —, daß eine relativ geringe Zahl vom aktiven Gewerkschaftsmitgliedern, die über keinen großen „Apparat“ und über nur geringe materielle Mittel verfügen, in der Lage sind, die Gesamtheit einer Industriebranche oder der Angestellten und Beamten zu einer großen Bewegung zu veranlassen.

So ist durch den Bergarbeiterstreik das Problem eines einheitlichen Vorgehens der Gewerkschaften in einer Reihe sozialer und sozialpolitischer Probleme mit Schärfe gestellt worden. Mehr als unter dem Regime der Vierten Republik scheint sich der Gedanke durchzusetzen, daß die Gewerkschaften das ihnen versprochene Schicksal der Parteien erleiden würden, sollten sie nicht zumindest durch koordinierte Handlungen die grundlegende Schwäche überwinden, die sich aus ihrer Spaltung ergibt. Es mag in diesem Zusammenhang als charakteristisch betrachtet werden, daß im Monat Februar die Vertreter der wichtigsten Industrieverbände der „Force Ouvrière“ auf einer Studientagung bemüht waren, das Problem der Einheitsfront mit den anderen Gewerkschaftsorganisationen in realistischer Weise zu prüfen und eben die Politik der Einheitsfront zu befürworten, bis eine veränderte politische Situation — auf außenpolitischem Gebiet beispielsweise — die Wiederherstellung der organischen Einheit ebenso möglich macht, wie es im Jahr 1936 und während des zweiten Weltkrieges in einer ganz spezifischen Weltlage der Fall war.

Wir entfernen uns keineswegs vom Thema des Bergarbeiterstreiks, wenn wir dieses Problem erwähnen; denn es ist unbestritten, daß diese Bewegung neben anderen Fra-

gen auch dieses Problem wieder auf die Tagesordnung gestellt hat. Die Gewerkschaften waren wie aus einer Betäubung erwacht. Das „normale“ parlamentarische Regime bot zahlreiche Möglichkeiten der Diskussion, des Ausgleichs, der Fühlungnahme mit dem Parlament und den Parteien, der Milderung bestehender Gegensätze. Das gaullistische Regime schien den Wirkungskreis einzuschränken; es schuf ein Vakuum, es ließ die sozialen „Vermittler“ irgendwie in der Luft hängen, ständig von der Gefahr bedroht, durch groß angelegte politische Manöver von der „Basis“ getrennt zu werden. Diese Gefahr ist, wie gesagt, keineswegs beseitigt, aber es ist klar, daß der sowohl gewerkschaftliche als auch politische Erfolg der Streikbewegung (die Nicht-Beachtung des Befehls auf „Dienstverpflichtung“ insbesondere, denn ein Nachgeben auf diesem Gebiet hätte die gesamte Gewerkschaftsbewegung unmittelbar in ihrer gegenwärtigen Existenz bedroht) den Gewerkschaftsorganisationen eine Atempause verschafft hat.

Bleibt die Tatsache, daß die geplante „Integration“ nicht die einzige Gefahr bildet. Nachdem die gaullistische Partei sich von ihrem Erstaunen erholt hatte, in den fünf Wochen, in denen der Staatschef völlig isoliert war, ebenso, wenn nicht noch mehr, von der sozialen Realität abgeschnitten gewesen zu sein, hat sie jetzt, nachdem die „Gefahr“ sich zu entfernen scheint, neuen Mut gefaßt und schlägt vor, *das Streikrecht zu „reglementieren“*. Die „Integration“ in den Wirtschafts- und Sozialrat soll begleitet sein von einer Gesetzgebung, die dem Staat immer dann, wenn „Gefahr für die Wirtschaft und den Staat“ im Verzug scheint, die Möglichkeit gibt, einer Streikbewegung einen gesetzgeberischen Riegel vorzuschieben. Diese Idee ist von der der Regierung nahestehenden Presse nach dem Streik der Bergleute ununterbrochen vertreten worden.

Derartige Absichten sind natürlich dem Gesetz des Kräfteverhältnisses unterworfen. Und in dieser Hinsicht eben hat der Bergarbeiterstreik und haben die Streikbewegungen der anderen Arbeiterkategorien, die ihn begleiteten, eine große Lehre geboten: der Gaullismus, der bei den letzten Wahlen ein Maximum der „klassischen“ bürgerlichen Stimmen auf sich vereinigte und 35 vH aller Stimmen erhielt, ist von der sozialen Realität durch eine große Mauer getrennt, wenn diese Realität sich nicht in der von der Staatsgewalt gewollten Form — „Manipulation“ der Massen durch Fernsehpropaganda, organisierte Reisen des Staatschefs durch das Land, geschickt und verwirrend formulierte Fragen bei Volksentscheiden —, sondern in der Form einer klaren sozialen Situation manifestiert.

Dieser Beweis ist erbracht worden, und so wurde sogar die Stimme des Mannes während sechs Wochen zum Schweigen gebracht, dessen rednerische Magie sonst als vollendetstes Mittel der Staatskunst gilt. Gewiß: der Streik der Bergleute war keine politische Manifestation; aber er hat gezeigt, daß in einem Land, das der Politik „entwöhnt“ werden und dahin gebracht werden soll, der Staatsgewalt allein das Handeln zu überlassen, eine selbständige, autonome Haltung objektiv ein politischer Faktor werden kann. Auch in diesem Sinn war die große Streikbewegung ein Ereignis, das über den unmittelbaren Anlaß hinaus bedeutend und vielleicht zukunftsträchtig ist.

ERICH KÄSTNER

Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen, später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man muß den rollenden Schneeball zertreten; die Lawine hält keiner mehr auf.